



---

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen und getrennt. Abweichungen zum Beschlussvorschlag sind kursiv gekennzeichnet.

Der Empfehlungsbeschluss zu den Ziffern 1, 4, 5, 6, 7, 8 wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Empfehlungsbeschluss zu Ziffer 2 wird mit 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Der Empfehlungsbeschluss zu Ziffer 3 wird mit 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

**Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** begrüßt die Anwesenden. Nachdem seitens des Gremiums keine Einwände gegen die Tagesordnung bestehen, eröffnet er die Sitzung und ruft Tagesordnungspunkt 1 auf. Er begrüßt zu TOP 1 den Ersten Bürgermeister Herrn Seigfried.

Da das Thema Wohnraumentwicklung im Referat Steuerungsunterstützung und Grundsatzthemen neu angesiedelt sei, werde es heute im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung vorberaten, so OBM **Dr. Knecht**.

Herr **Heß** (Referat Steuerungsunterstützung und Grundsatzthemen) führt ins Thema ein und stellt das angedachte Verfahren vor. Die weitere wohnungspolitische Diskussion werde nun vorbereitet. Die inhaltlichen Details sollen in den zuständigen Ausschüssen behandelt werden. Er stellt die Bearbeitung des Themas Wohnen in der Stadtverwaltung in den verschiedenen Fachbereichen vor. Die Aufgabe des Referats Steuerungsunterstützung und Grundsatzthemen liege in der Vernetzung der Entwicklungen in der Stadt.

Frau **Thüry** (Referat Steuerungsunterstützung und Grundsatzthemen) erläutert anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift), dass aufgrund der knappen Flächenressourcen die Wohnraumentwicklung ein wichtiges Thema für Ludwigsburg sei. Für die im Beschlussvorschlag genannten Bausteine wolle man ein Signal seitens der Politik erhalten. Sie gibt einen Ausblick auf den weiteren Zeitplan und die geplanten Meilensteine.

EBM **Seigfried** zufolge habe Ludwigsburg einen angespannten Wohnungsmarkt, der kürzlich gutachterlich festgestellt wurde, weswegen ab 1. Juni 2020 die Mietpreisbremse in der Stadt gilt. Für eine Entspannung bedürfe es vieler Instrumente. In den vergangenen Jahren habe die stadteigene Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH in den Neubauprojekten immer 30 % preisgedämpfte Wohnung gebaut. Im gleichen Zeitraum hätten private Bauträger 17 geförderte Wohnungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen errichtet. Er führt einige Beispiele der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH auf, wie den Dachausbau in der Enzstraße, Bereich E in Grünbühl, die ehem. Jägerhofkaserne und die Neubauten im Baugebiet Schauinsland. Insgesamt würden dadurch 198 geförderte von 440 gebauten Wohnungen entstehen. Es gebe erhebliche Unterschiede in den Kaltmieten zwischen den geförderten Wohnungen der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH und den nach dem Landeswohnraumförderungsgesetz geförderten

---

Wohnungen der privaten Bauträger. Es brauche ein wohnungspolitisches Engagement der Kommune, Instrumente der Kommune zur Durchführung von Wohnungspolitik, und ebenfalls das Engagement der privaten Bauträger. Die Realität sei, dass es die Gruppe der Wohngeld-Empfänger auf allen Segmenten am Markt gebe.

Der Beitrag von Stadtrat **Prof. Vierling** im Wortlaut: „Unser heutiges Top-Thema hat ja eine herausragende Rolle gespielt vor einem Jahr – im Kommunalwahlkampf und in Ihrem Oberbürgermeisterwahlkampf, Herr Knecht.

Nach einem Jahr jetzt die ersten Schritte. Getreu dem Motto „Nicht alles anders machen, aber vieles noch besser machen als bisher.“ Was heißt das beim Thema Wohnen?

Der Zuzugsdruck auf die Region hält an. Auch mit und nach Corona, auch mit dem Strukturwandel zur Green Economy bleibt der Südwesten und mit ihm die Stadt Ludwigsburg ein Zentrum der Wertschöpfung, ein Zentrum wirtschaftlicher Kreativität. Moderne Arbeitsplätze, ein reiches kulturelles Leben, eine gute soziale Infrastruktur - da wollen viele Menschen arbeiten und leben und wohnen. Steigende Immobilienpreise und Mieten zeigen das Ausmaß des Wohnungsmangels; Ludwigsburg braucht zweifellos mehr Wohnraum; gut, dass derzeit in der Stadt gebaut und geplant wird – aber das wird nicht reichen, wir brauchen weitere Initiativen für mehr Wohnraum.

„Potenzialflächen für Wohnbauland“ hieß der letzte größere Aufschlag der Stadtpolitik vor sieben Jahren – es ist absolut richtig, dass wir den Blickwinkel jetzt ein wenig verschieben hin zum Konzept „Wohnraumentwicklung“. Was ist der Unterschied? Vor allem die Sorge um den Flächenverbrauch. Aus Umwelt- und Klimagründen brauchen wir ganz dringend die Trendwende weg vom Flächenfraß – hin zur Flächenentsiegelung. Stärker denn je muss der Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenerweiterung“ gelten. Und der heutige Beschlussvorschlag trägt dem Rechnung.

Klar, dass überprüft werden muss, welche Potenzialflächen aus dem sieben Jahre alten Beschluss noch zur Bebauung anstehen, aber die Suche nach weiteren größeren Potenzialflächen ist definitiv nicht unser heutiges Hauptanliegen. Der Fokus liegt richtig auf der effizienteren Nutzung des Bestandes an Gebäuden und versiegelten Flächen.

Höhe und Dichte sind dabei Schlüsselthemen. Dachausbauten, Dachaufstockungen von Wohngebäuden, aber auch Aufstockungen von Sozial-, Büro- und Gewerbebauten sind ein lohnendes Thema. Und eine herausfordernde Aufgabe für Stadtentwicklung und Stadtbau. Denn es geht um nichts weniger als Qualität, Sozialverträglichkeit, Bezahlbarkeit, um nachhaltige Bauweise, um energetische Optimierung und um verkehrsräumliche Eignung.

„Stadt werden“ ist traditionell das Ludwigsburger Motto, und das bleibt die Daueraufgabe: Die Stadt der kurzen Wege, der nachhaltigen Mobilität, des sozialen Miteinanders.

Das findet hier in den Punkten des Beschlussvorschlags seinen Niederschlag:

1. Höhe: Gehen wir selbstbewusster mit dem Thema Höhe um: neben Dachaufstockungen gehört dazu die Diskussion um Mehrgeschossigkeit, um aufsetzbare Mikrowohnungen (Rooftop), um Fassadenbegrünung und um angemessene Gebäudeabstände.
2. Stellplatzsatzung: Der Mobilitätswandel bedeutet auch eine Abkehr von starr vorgegebenen Stellplatzzahlen, die das Bauen verteuern und wertvollen Stadtraum für unbelebtes Blech vergeuden. Gewisse Laufwege zwischen Wohnung und Stellplatz, so er denn benötigt wird, sind zumutbar. Und das Auto der Zukunft ist weniger Eigentumsobjekt, sondern stärker flexibler gemeinschaftlicher Mobilitätsdienstleister. Da können wir uns auch gut weitere Anpassungen des Schlüssels nach unten vorstellen.
3. Baulückenkataster und Bebauungsberatung: Lückenschlüsse sind die nächstliegende Lösung, aber in der Realisierung oft vertrackt; da dürfen wir als Verwaltung und Politik nicht locker lassen. In manchen Fällen haben sich da auch erhaltenswerte innerstädtische

---

Grünzonen aufgetan.

4. Wohnen und Gewerbe zusammen bringen. Unsere traditionelle bauplanungsrechtliche Trennung von Wohnen und Gewerbe atmet noch den alten Geist von stets emissionsreichem Gewerbe und daher gewerbegefährdendem Wohnen.

Dabei haben wir doch eine tolle wirtschaftliche Weiterentwicklung: Wenn die Wirtschaft einen Schub zu Dienstleistungen und Digitalwirtschaft erfährt, dann wird sie weniger lärmintensiv und weniger Schadstoff-intensiv. Loten wir die Potenziale von Mischgebieten und von Urbanen Quartieren aus und nutzen wir sie aus. Füllen wir auch insofern den Ludwigsburger Begriff „Gewerbegebiet der Zukunft“ mit innovativem Inhalt.

5. Und weiter ein Miteinander von städtischer Wohnungsbaugesellschaft WBL und privaten Bauträgern mit dem Ziel von qualitätvollen und bezahlbaren Wohnungen. Da sehe ich im übrigen keine neuen Einfamilien- und Reihenhausgrundstücke für Ludwigsburg mehr. Für das eigene Haus oder Häuschen müssen wir Interessenten auf den Bestandmarkt verweisen. Mit neuen Baugrundstücken müssen wir regelmäßig mehrgeschossig umgehen.

Ja und Punkt 7 der Vorlage nennt ein Kooperationsmodell zur Beratung von Interessenten für Baugruppen. Ich sehe das mal als Einfalltor für den weiten Bereich der Möglichmachung von „neuen Wohnformen“, die schon mit dem Zusammenfinden von Interessenten beginnt, die Nachbarschaft nicht als trennendes, sondern als verbindendes Element des Wohnens leben wollen.

Wir als Fraktion der Grünen möchten Ihnen und uns vorerst dazu noch mitgeben:

- a) Leerstands-Management: Wir brauchen einen neuen Enthusiasmus für die Belegung freier Wohnungen und Häuser. „Eigentum verpflichtet“ zitierte Herbert Babel vor wenigen Tagen zutreffend die Verfassung, als er anlässlich der Gedenkveranstaltung Grundgesetz auf den Skandal des leer stehenden Wohnraums aufmerksam gemacht hat.
- b) Frischluftschneisen freihalten und innerstädtisches Grün ausbauen, Wasserflächen konzipieren. Denn städtischer Klimaschutz und städtische Klima-Anpassung müssen Zentralkriterium werden.
- c) Anreize schaffen, das Wohnen und Arbeiten räumlich stärker zusammen zu bringen. Qualitätvolle Stadtentwicklung gelingt um so besser, je weniger unsere Stadt das Bild eines Straßennetzes für Berufspendler abgibt.“

Stadtrat **Herrmann** zufolge sei Ludwigsburg eine attraktive Stadt und viele Zuzügler und Einheimische wollen hier wohnen. Der angespannte Wohnungsmarkt existiere seit mindestens zehn Jahren. Es sei richtig, privaten Bauträgern klare Vorgaben zu machen, um sie an der Wohnraumentwicklung und für preisgünstige Wohnungen zu beteiligen. Laut statistischem Landesamt seien in Ludwigsburg in den Jahren 2000 bis 2009 insg. 2071 Wohnungen, von 2010 bis 2019 2943 Wohnungen fertiggestellt worden. In den nächsten Jahren erwarte man durch die angestoßenen Neubaugebiete weitere Zuwächse. Wohnraum solle in Verbindung zu anderen Rahmenbedingungen gesehen werden und eine Dichte wie in den 70er Jahren wolle er nicht wiederholen. Die Infrastruktur für Mobilität – ÖPNV und motorisierten Individualverkehr –, Kindertageseinrichtungen und die Ausweisung von Gewerbeflächen zur Ermöglichung von Steueraufkommen müssten nachziehen. Es stelle sich also die Frage, wie viele neugebaute Wohnungen erwünscht sind. Eine Zahl von 500 neuen Wohnungen pro Jahr sei für die Fraktion deutlich zu hoch, eher sieht man die Zahl von 300 Wohnungen jährlich als Obergrenze. Im vorliegenden Beschlussvorschlag gehe es um allgemeine Aufträge an die Verwaltung; hier sieht Stadtrat Herrmann nicht alle Punkte als notwendig an zugunsten einer Entlastung von Aufgaben und Mitarbeitern. Er führt im Einzelnen die Meinung der Fraktion aus: Punkt 1 sei richtig und

---

sinnvoll. Punkt 2 vergleicht er mit dem Beispiel Freiburg und bezeichnet sie als autofeindlichste Stadt. Die Frage sei, wo umweltfreundliche Autos geparkt werden können. Der Geltungsbereich einer Stellplatzsatzung sei sehr weit gefasst. Es gebe andere Möglichkeiten, wie die Ablösung von Stellplätzen, mit deren Einnahmen dann Quartiersgaragen gebaut werden können. Die Erarbeitung eines Mobilitätskonzepts sei richtig, dabei solle aber den Menschen das Auto nicht weggenommen werden. Zu Punkt 3 sei eine Aktivierung von Baulücken gut, aber keine formale Erstellung eines Katasters samt Veröffentlichung von Baulücken. Ebenso lehnt er ein Baugebot ab und spricht sich für Beratungsangebote aus. Punkt 4 sei sinnvoll, auch wenn man im konkreten Falle wohl mit Widerständen der Anwohner rechnen müsse. Er nennt hierfür das Beispiel LIDL in der Hindenburgstraße. Die erfassten möglichen Wohneinheiten der Innenentwicklung zu Punkt 6 würde auf Jahre die von der CDU-Fraktion favorisierte Wohneinheiten-Zahl erreichen. Punkt 8 sei ebenfalls notwendig unter Abwägung aller Belange für die kommenden Jahre. Die Fraktion werde weitgehend zustimmen, er bittet um separate Abstimmung zu den Punkte 2 und 3.

Die Befassung mit dem Thema und den groben Rahmenbedingungen im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung sei gut, ebenfalls dass es im weiteren Verlauf noch konkreter werde, so Stadtrat **Weiss**. Die jeweilige Behandlung der einzelnen Bausteine in den Ausschüssen sei sinnvoll. Insgesamt stehe dem Themenfeld die Abwägung zwischen weiterem Wachstum und vernünftiger Konsolidierung zugrunde, schließlich müssten die gesamte Infrastruktur, die Flächen für Wohnen und Arbeiten und die Belange des Klimaschutzes mitgedacht werden. Bei den Dachaufstockungen müsse eine Unterscheidung zwischen der Kernstadt und den Stadtteilen gemacht werden. Ebenso bei den Baulücken, wo in der Innenstadt manche Grünzone dadurch entstanden sei. Er wünscht keine restriktive Auslegung der Baulücken und Aufstockungen. Ob der Zeitplan für die Schaffung von neuen Wohnungen eingehalten werden kann, sieht er skeptisch. Der Schlüssel einer Stellplatzsatzung müsste über 1,0 betragen, hierfür sollten in Baugebieten Tief- und Hochgaragen gebaut werden. Die Gewerbeflächen müssten erhalten bleiben. Die Schaffung von Wohnraum sei notwendig, Voraussetzung dafür ist neben den knappen Bauflächen auch die Infrastruktur der Stadt, die nach der Auffassung der Fraktion ausgereizt ist. Die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Stärkung der Unternehmen vor Ort seien dabei genauso wichtig und für die Stadt existenziell. Hier gelte es, zwischen Wohnen und Arbeit vernünftig abzuwägen. Der Vorlage werde als Rahmenplan zugestimmt, wobei noch Detailarbeit nötig ist.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** führt aus, dass es seit Jahrzehnten das Thema gebe. Der Vorlage werde die Fraktion grundsätzlich zustimmen. Er stellt die Frage, warum der SPD-Antrag 465/18 zum Ausbau von Erbbaurechten und Wohnbaugenossenschaften nicht Eingang in die Vorlage 020/20 erhalten hat. Ebenfalls verweist er auf den SPD-Antrag 364/18, den Flächennutzungsplan neu aufzustellen. Über den Antrag sei seinerzeit nicht abgestimmt worden, da dies als zu aufwendig angesehen worden ist. Gleichwohl solle man die Neuausrichtung des Flächennutzungsplans zum Anlass nehmen, die Frage zu diskutieren, ob die Stadt noch weiter wachsen will. Konsequenz des Wachstums sei, dass die gesamte Infrastruktur nachziehen müsse. Diese Frage solle parallel zur Wohnraumentwicklung gestellt und beraten werden und habe auch eine gesamtdeutsche Dimension. Er regt hierfür eine Klausur an, um bspw. eine adäquate jährliche Zahl an Wohnungsneubauten zu ermitteln. Zu den einzelnen Beschlussziffern äußert sich Stadtrat Dr. O'Sullivan wie folgt: Dachaufstockungen steht er positiv gegenüber, ebenfalls einer Stellplatzsatzung und der Unterschreitung des Schlüssels von 1,0 – wohlwissend, dass dies Diskussionen hervorrufen werde. Die Erstellung eines Baulückenkatasters sei sinnvoll; Eigentümer könnten der Veröffentlichung ihrer Daten widersprechen. Es sollte bedacht werden, dass Baulücken auch erhaltenswerte Grünflächen sein können. Die Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans sei für die Fraktion noch mit einem Fragezeichen versehen. Insgesamt sollten für das immens wichtige Thema möglichst viele Instrumente genutzt werden.

Es sei lt. Stadtrat **Haag** gut, dass sich die Stadt mit diesen Fragestellungen auseinandersetzt. Er sieht die Mietpreisbremse als Investitionshemmnis für Neubauten an, daher sollte ein reiches Instrumentarium zur Schaffung von Wohnraum genutzt werden. Zu Punkt 1 steht die Fraktion positiv; er fragt, ob Punkt 2 nur für Altbausanierungen gelte und ob es belastbare Zahlen von Neuzuzüglern gebe, ob diese auf das Auto verzichteten; Punkt 3 hält er als Arbeitsmittel für die Verwaltung sinnvoll; zu Punkt 4 wünscht er sich Angaben, wie die aktuelle Rechtslage ist; er fragt, inwieweit bei Punkt 5 die Stadt ihre Rolle sieht und zu Punkt 8 erkundigt er sich, wie viel Prozent der Gemarkungsfläche und mit welchen Folgen überhaupt überarbeitungsbedürftig ist. Stadtrat Haag fragt abschließend, ob es ein Leerstandsmanagement bei der Stadt gebe, wie ggf. die Erfahrungen damit seien und ob die Gründe für Leerstände erfasst würden.

Stadtrat **Dogan** regt an, ein Leerstandsmanagement als Punkt 9 aufzunehmen. Ziel sei es, die Wohnungsnot zu verringern, hierbei sollten auch die angrenzenden Kommunen miteinbezogen werden.

OBM **Dr. Knecht** hält die Entwicklung des Wohnraums für das wichtige Thema der Stadtgesellschaft.

Zum Leerstandsmanagement führt EBM **Seigfried** aus, dass in den vergangenen Jahren zwei Mal eine Vollerhebung durchgeführt und geprüft wurde. Dies sei ein sehr aufwendiges Verfahren gewesen. Immer habe es spezifische Gründe gegeben, oftmals der Übergang auf Erben. Die Stadt gehe jedem Leerstand nach, da es günstiger als ein Neubau sei. Er bittet den Gemeinderat die Verwaltung über Leerstände zu informieren.

Ziel der heutigen Beratung sei, so Herr **Heß**, das Verfahren und die zu stellenden Fragen zu klären. Auch in der Überbauung von Parkplätzen sehe man großes Potential. Bei der Erarbeitung der Stellplatzsatzung sei sicherlich viel Detailarbeit zu leisten. Ziel müsse hier sein, die jeweiligen Situationen genau anzusehen und das Mobilitätsverhalten eines bewohnten und ggf. neuzubauenden Gebäudes zu untersuchen.

Herr **Burkhardt** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) führt aus, dass für die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans integrativ vorgegangen werde, es könnten dabei einzelne Stadtteile überarbeitet werden. Die Stadt müsse hier tätig werden, da die Flächen für Wohnungsbau erschöpft seien. Er geht auf den Unterschied zwischen der formellen Fortschreibung, der Verbindung mit dem Leitbild und der Teilfortschreibung ein. Der Vorschlag der Stadt sei eine Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans.

OBM **Dr. Knecht** nimmt die Beratung auf und formuliert für Punkt 8 eine geringfügige Änderung, die Punkte 2 und 3 werde er einzeln abstimmen lassen. Zu Punkt 3 nimmt er eine Aktualisierung des Leerstandsmanagements auf (vgl. kursive Ergänzungen im Beschlussvorschlag). Er lässt über die Vorlage Beschluss fassen.

---

**Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** ruft Tagesordnungspunkt 2 auf. Im Bereich der Digitalisierung sei Ludwigsburg zwar landesweites Vorbild, gleichwohl gebe es weiteren Handlungsbedarf und Herausforderungen in der Zukunft.

Herr **Heß** (Referat Steuerungsunterstützung und Grundsatzthemen) führt ein, dass das Thema der Digitalisierung eine Kulturfrage sei und in vielerlei Ausprägungen gestaltet werde. Ziel sei, Dienstleistungen zugunsten einer Erleichterung für Bürgerinnen und Bürger und Mitarbeitende zu optimieren.

Herr **Altmann** (Referat Steuerungsunterstützung und Grundsatzthemen) erläutert anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift), an welchen Stellen in der Verwaltung das Themenfeld Digitalisierung verortet ist. In der Ludwigsburger Verwaltung seien zuletzt innovative und viel beachtete Projekte der Digitalisierung entstanden. Auch durch die Coronakrise sei vieles ermöglicht worden, bspw. die Ausweitung von Homeoffice. Herr Altmann stellt Projekte und die Struktur innerhalb der Verwaltung im Einzelnen vor. Abschließend erklärt er, dass Digitalisierung oft Investitionen bedeute, bevor sie entlastet oder sich amortisiert.

Im Rahmen der Haushaltsklausur und der Haushaltsaufstellung 2021 würden OBM **Dr. Knecht** zufolge konkrete Projekte, deren Finanzierung und Auswirkungen bzw. Ziele dargestellt.

Stadtrat **Lutz** spricht für die antragstellende Fraktion. Die Coronakrise sei der Auslöser gewesen, den Antrag zu stellen. In Deutschland sei die Digitalisierung nur rudimentär umgesetzt im Vergleich zu anderen Ländern. Auch in Ludwigsburg gebe es trotz aller Erfolge weiteren Ausbaubedarf. Digitalisierung dürfe keine reine Floskel sein, sondern konkret umgesetzt werden. Die Vorschläge der Freien Wähler seien im Antrag aufgeführt, mit besonderem Augenmerk auf dem Bildungsbereich. Auch die einzelnen Fachbereiche, allen voran der Personalfachbereich, müssten die Digitalisierung mittragen. Die Digitalisierung ersetze nicht den persönlichen Kontakt, erleichtere aber vieles.

Es sollten Best-Practice-Beispiele herangezogen werden, so Stadtrat **Bauer**. Er bittet, eine Aufzählung und Roadmap der Projekte vorzustellen und aufzuzeigen, welche Dienste die Bürgerinnen und Bürger nutzen können. Gebraucht würden eine gemeinsame Basis und gemeinsame Plattformen, dafür sei eine interkommunale Zusammenarbeit unerlässlich. Der Bereich Homeoffice/mobiles Arbeiten sei von enormer Wichtigkeit und könne ggf. zur Reduktion von Schreibtischen beitragen. Hinter allem stünden leistungsfähige Internetverbindungen und eine schlagkräftige IT-Abteilung. Mitarbeiter sollten gezielt geschult und befähigt werden, hier seien die Führungskräfte nicht ausgenommen. Insgesamt sei Ludwigsburg auf einem guten Weg, wichtig sei die konsequente Umsetzung mithilfe von Finanzen, des Personals und des Managements.

Stadtrat **Herrmann** dankt für den umfassenden Bericht. Die Coronakrise habe die Möglichkeiten und Grenzen der Digitalisierung aufgezeigt. Bei allen Bemühungen sei die Einhaltung des Datenschutzes sehr wichtig. Grundlage sei die Netzqualität; diese sei durch den Glasfaserausbau in Ludwigsburg und Baden-Württemberg sehr gut. Digitalisierung koste auch Geld, sie diene der Bürgerfreundlichkeit, soll Prozesse optimieren und dadurch auch mittelfristig Kosten einsparen. Die Zuständigkeitsproblematik zwischen Land und Kommunen bei der Digitalisierung an Schulen solle über den Städtetag generell verhandelt werden. Er fasst zusammen, dass die Digitalisierung rascher ausgebaut werden solle als in der Vergangenheit.

---

Wichtig sei vor allem der Kontakt nach außen zu den Bürgerinnen und Bürgern, meint Stadtrat **Dr. O'Sullivan**. Die digitalen Dienste der Stadt seien ausbaufähig. Gleichwohl gehe es nicht nur digital und der persönliche Kontakt müsse weiterhin bestehen bleiben. Er verweist auf den Antrag 507/17 der SPD-Fraktion bezüglich der Schuldigitalisierung. Leider seien die angekündigten Milliarden der Bundesregierung zum Ausbau der Digitalisierung an Schulen nie angekommen. Hier sei vor allem die Kultusverwaltung in der Pflicht. Die vielfach vorhandene Hardware müsse genutzt werden können.

Stadtrat **Haag** zufolge solle der Bereich Digitalisierung aus den Sparbemühungen herausgenommen werden. Er fragt, wie oft Umsetzungsprojekte an rechtlichen Grenzen wie bspw. der Unterschriftspflicht scheitern würden, und ob der Fördertopf Medienplan genutzt werde. Die Verwaltung müsse am Thema weiter dranbleiben. Er freue sich auf die kommende Berichterstattung.

Stadtrat **Dogan** erkundigt sich, ob die Projekte alle von der Verwaltung umgesetzt oder auch fremdvergeben werden.

Herr **Altmann** beantwortet die aufgekomenen Fragen. Die Frage der Einsparung von Büro-Arbeitsplätzen habe man auf dem Schirm. Ein umfangreiches Changemanagement werde implementiert. Die digitalisierten Verwaltungsdienstleistungen werden vom Fachbereich Organisation und Personal durchgeführt.

Der Hinweis auf den Städtetag werde mitgenommen, so OBM **Dr. Knecht**. Der Fachbereich Organisation und Personal mit seinen Abteilungen sei beim Thema von enormer Wichtigkeit.